

als ursprünglich geplant - einen Stand von 1,2 Milliarden erreichen (Li Ruihuan, ebd.).

Man kann davon ausgehen, daß der tatsächliche Stand der Bevölkerung dann noch höher sein wird. Wie prekär die Situation ist und wie unzureichend die bisherige Familienplanungspolitik eingehalten worden ist, erhellt aus einer Rundfunkmeldung aus dem Autonomen Gebiet Guangxi. Danach kündigte der stellvertretende Parteisekretär Guangxis in einer Rede vom 11. Juli rigorose Maßnahmen in bezug auf die Familienplanungsarbeit an. Man habe zwar viel geleistet in bezug auf die Einschränkung des Bevölkerungswachstums, aber in Zukunft seien größere Anstrengungen nötig. Der Schwerpunkt der Arbeit müsse aufs Land verlagert werden, und hier gelte es besonders, die Abneigung der Menschen gegen Familienplanung zu zerstreuen (Radio Nanning, 12.7.90, nach SWB, 18.7.90). -st-

***(11)**
Neuer Vorschlag zur Verbesserung der "Ein-Kind-Politik"

Der Direktor des Bevölkerungsinstituts der Akademie der Sozialwissenschaften, Tian Xueyuan, hat kürzlich den Vorschlag unterbreitet, die monatliche Zahlung von 5 Yuan für jede Ein-Kind-Familie in eine Altersrente umzuwandeln. Die Belohnung von Familien, die sich an die Ein-Kind-Politik halten, war vor zehn Jahren eingeführt worden. Wie Tian jetzt feststellte, hätten diese Zahlungen nicht die beabsichtigte Wirkung erzielt. Sinnvoller sei es, die 60 Yuan pro Jahr auf die Bank zu legen und sie später als Altersrente für die Eltern des Einzelkindes zu verwenden. Wenn die Eltern sechzig Jahre alt sind, würde das Konto auf 5.770 Yuan angewachsen sein, und sie hätten dann jährlich 808 Yuan zur Verfügung. Dieser Vorschlag zielt besonders auf die ländliche Bevölkerung ab. In einem Kreis der Provinz Sichuan wird der Plan bereits versuchsweise durchgeführt. (XNA, 12.7.90)

Ein wichtiges Motiv insbesondere für die bäuerliche Bevölkerung, die Ein-Kind-Politik zu umgehen, ist die fehlende Altersversorgung. Mehrere Kinder bedeuten daher für viele Sicherheit im Alter. Hinzu kommt, daß heute in weiten Teilen der Landbevölkerung

genügend Geld vorhanden ist, so daß die Familien auf die Zahlung der 5 Yuan Belohnung nicht angewiesen sind. Insofern dürfte der Vorschlag, dieses Geld in Altersrenten umzuwandeln, weitere Beachtung finden. -st-

Kultur

***(12)**
Kein weiterer Ausbau des Hochschulbereiches

Auf einer nationalen Konferenz über die naturwissenschaftliche Ausbildung an den Hochschulen, die kürzlich in Lanzhou stattfand, betonte He Dongchang, stellvertretender Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, daß im Hochschulbereich nach den Jahren des schnellen Ausbaus nunmehr eine Konsolidierungsphase einzusetzen habe. Es gelte, die Hochschulen anzugleichen, zu festigen, das Niveau anzuheben und die Reformen zu vertiefen. Gegenwärtig würden die regulären Hochschulen und die Hochschulen im Rahmen der Erwachsenenbildung jährlich gut 1 Million Studenten aufnehmen. Diese Zahl dürfe sich nicht erhöhen, sondern müsse eingeschränkt werden. Nur so könne die Qualität der Ausbildung gesichert werden. (RMRB, 30.7.90) Deshalb sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre auch keine neuen Universitäten und Hochschulen entstehen (XNA, 28.7.90).

Was die Angleichung der Hochschulbildung betrifft, so beinhaltet sie im wesentlichen die Verteilung und die Struktur der tertiären Bildungseinrichtungen. Bei der Angleichung der fachlichen Struktur, so erläuterte He Dongchang, soll der Schwerpunkt auf der Ausbildung von Fachleuten für Naturwissenschaften und Technik liegen, während die Ausbildung in Fächern mit theoretischem Charakter nicht zunehmen soll. Hier soll vielmehr höchste Qualität eine Rolle spielen. Innerhalb der nächsten fünf Jahre sollen die Hochschulstruktur vernünftiger gestaltet und der gesellschaftliche Gesamteffekt verbessert werden. (RMRB, 30.7.90)

Das Niveau der tertiären Bildungseinrichtungen in China ist sehr unterschiedlich. Insofern ist zu verstehen,

daß man zunächst stärker auf die Qualität der Hochschulbildung achten will. Zugleich aber soll künftig wieder mehr praxisorientierte und weniger theoretische Wissenschaft an den Hochschulen betrieben werden. Auf dieser Konferenz ging es zwar nur um die Naturwissenschaften, aber in diesen wird ohnehin die überwiegende Zahl der Studenten ausgebildet. -st-

***(13)**
Zentralinstitut für berufliche und technische Bildung

Im Juli wurde in Beijing das Chinesische Zentralinstitut für berufliche und technische Bildung gegründet. Das Institut wurde von der Staatlichen Erziehungskommission und dem Arbeitsministerium gegründet und untersteht auch diesen beiden Behörden. Es wurde mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland errichtet. An der Eröffnungszereemonie nahm der Staatssekretär des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, S. Leng, teil. (XNA, 11.7.90) Die Berufsbildung ist das schwächste Glied im gesamten chinesischen Bildungssystem. In den letzten Jahren konnten jedoch mit bundesrepublikanischer Hilfe in mehreren Städten (u.a. in Nanjing, Beijing, Shanghai, Tianjin und Shenyang) Ausbildungszentren errichtet werden. Bei der Reform der beruflichen Bildung stützt sich China weitgehend auf das in der Bundesrepublik praktizierte duale Berufsbildungssystem. -st-

***(14)**
Hochschulaufnahmeprüfungen

Auch in diesem Jahr fanden die alljährlichen Aufnahmeprüfungen zu den Hochschulen einheitlich in ganz China vom 7.-9. Juli statt. Die Zahl der Bewerber um einen Studienplatz betrug dieses Jahr 2,81 Mio. Davon bewarben sich weitaus die meisten, nämlich 1,81 Mio. Kandidaten, für ein Studium der Natur-, Ingenieur- und Agrarwissenschaft oder Medizin; 820.000 bewarben sich für ein geisteswissenschaftliches und 180.000 für ein Fremdsprachenstudium. Zugelassen werden auf den regulären Universitäten und Fachhochschulen insgesamt 608.000 Kandidaten. Die Fernseh- und Fernhochschulen nehmen zusätzlich 28.000 neue Studenten auf. (RMRB,

XNA, 6.7.90) Die Zahl der Bewerber soll gegenüber dem vergangenen Jahr um 150.000 gestiegen sein (RMRB, 6.7.90, S.3).

Neu in diesem Jahr ist, daß man damit begonnen hat, die Aufnahmeprüfungen für ganz China zu standardisieren. Mit der Standardisierung wurde 1985 versuchsweise in einigen Provinzen begonnen. Aufgrund der guten Erfahrungen sollen die Prüfungen nun in ganz China vereinheitlicht werden. In diesem Jahr waren aber noch nicht überall alle Prüfungsthemen einheitlich. Lediglich die Englischprüfung wurde im ganzen Land standardisiert. Die Prüfungen in Chemie und Politik waren weitgehend vereinheitlicht. In fünf Provinzen und autonomen Gebieten, nämlich Guangdong, Sichuan, Hainan, Guangxi und Liaoning, waren die Prüfungsaufgaben in allen neun Prüfungsfächern standardisiert. (GMRB, 5.7. u. RMRB, 6.7.90) (RMRB nannte statt Liaoning das Autonome Gebiet Ningxia.)

Konkret bedeutet die Standardisierung, daß bei den Prüfungen nach dem "multiple choice"-Test verfahren wird, d.h. die Kandidaten erhalten für jedes Fach Prüfungsbögen, auf denen für jede Frage mehrere Antworten vorgegeben sind, von denen die richtige angekreuzt werden muß. Der Vorteil dieser Methode, so wurde von einem Vertreter der Staatlichen Erziehungskommission erläutert, liege für China darin, daß die Prüfungsbögen maschinell gelesen werden können, wodurch bei der Beurteilung die Fehlerrate auf ein Minimum reduziert würde und Gutachter, Kosten und Zeit gespart würden. Bei diesem Prüfungsverfahren werde allein das tatsächliche Bildungsniveau der Kandidaten geprüft. Ab 1991 sollen die Hochschulaufnahmeprüfungen landesweit standardisiert sein. Dann wird das Zentrum für die Verwaltung der Aufnahmeprüfungen für jedes Prüfungsfach Erläuterungen herausgeben. (Ebd.) -st-

*(15)

Vorläufige Bestimmungen für selbstzahlende Studenten

Die Staatliche Erziehungskommission, das Personalministerium, die Staatliche Planungskommission, das Ministerium für öffentliche Sicherheit und das Handelsministerium haben im Juli 1990 "Vorläufige Bestimmungen für

die Aufnahme selbstzahlender Studenten in reguläre Hochschulen" erlassen. In dem Dokument wird betont, daß die Aufnahme selbstzahlender Studenten in reguläre Hochschulen der staatlichen Planung unterliegt und Teil des gesamten staatlichen Planes für die Aufnahme von Hochschulstudenten ist. (GMRB, 20.7.90; Radio Beijing, 19.7.90, nach SWB, 24.7.90) Dies bedeutet, daß selbstzahlende Studenten oder Bewerber um einen Studienplatz ebenso wie die regulären Hochschulen Einschränkungen von seiten des Staates unterworfen sind.

Im einzelnen sehen die Bestimmungen folgende Einschränkungen vor (ebd.):

- Der Staat legt die Quote der aufzunehmenden selbstzahlenden Studenten im Verhältnis zur Gesamtzahl der aufzunehmenden Studenten fest. Die Hochschulen können ihrerseits Pläne für die Aufnahme von Selbstzahlern gemäß dem jährlichen staatlichen Aufnahmeplan aufstellen. Diese Pläne müssen von den übergeordneten Behörden gebilligt werden und können dann in den staatlichen Plan aufgenommen werden. Die Hochschulen dürfen auf keinen Fall ohne Genehmigung der Staatlichen Erziehungskommission und der Staatlichen Planungskommission mehr selbstzahlende Studenten aufnehmen, als ihnen zugestanden sind. Es bleibt ihnen jedoch freigestellt, weniger Selbstzahler aufzunehmen. Die örtlichen Hochschulen dürfen keine Selbstzahler außerhalb ihrer Region aufnehmen.
- Kandidaten für ein selbstfinanziertes Studium müssen an den einheitlichen nationalen Hochschulaufnahmeprüfungen teilnehmen. Es soll an dem Prinzip festgehalten werden, die Besten auszuwählen.
- Nach dem Examen zählen die Selbstzahler zu dem gemäß staatlichem Plan ausgebildeten Fachpersonal. Die für die Stellenzuweisung zuständigen Abteilungen aller Ebenen sollen auch den Selbstzahlern Stellen zuweisen. Dabei sollen die Selbstzahler in Bereichen verschiedener Eigentumsformen eingesetzt werden (was in der Praxis bedeutet, daß sie nicht im staatlichen Sektor, sondern in Einheiten in Kollektivbesitz eingesetzt werden). Die zuständigen Abteilungen sollen die Selbstzahler dazu bringen, an der Basis, in Grenzgebieten, in Gebieten mit schwierigen Arbeits- und Lebensbe-

dingungen, in Kollektiveinheiten, in Gemeinde- und Kleinstadtunternehmen oder sonstigen Plätzen zu arbeiten, wo der Staat sie am dringendsten braucht. Einheiten in Volkseigentum (also staatliche Einheiten) können Selbstzahler nur entsprechend dem staatlichen Plan einstellen.

- Die selbstzahlenden Studenten müssen Schul- und Ausbildungsgeld sowie verschiedene andere Gebühren an die Hochschule zahlen. Grundsätzlich sollen die Gebühren insgesamt nicht die Kosten übersteigen, die der Staat für einen auf Staatskosten studierenden Studenten aufbringt, aber auch nicht weniger als 80% der normalen Kosten betragen.

In den letzten Jahren hat die Zahl der selbstzahlenden Studenten stetig zugenommen. Die Hochschulen haben Selbstzahler gern genommen, um ihre Finanzen aufzubessern. Diese Situation scheint der staatlichen Kontrolle entglitten zu sein, und deshalb lenkt der Staat nun ein, um auch die Selbstzahler unter seine Kontrolle zu bringen. Die Hochschulen können nun nicht mehr nach Belieben Selbstzahler aufnehmen, sondern sind an die vom Staat vorgegebenen Quoten gebunden, und für die Kandidaten dürfte ein Studium angesichts der beruflichen Aussichten seinen Reiz verloren haben. Bisher erhielten die Selbstzahler zwar keine der begehrten Stellen im staatlichen Bereich, aber sie konnten sich selbst eine Stellung suchen. Diese Möglichkeit besteht vielleicht auch jetzt noch, aber nach den neuen Bestimmungen sollen sie hauptsächlich auf dem Lande und an der Basis eingesetzt werden. Die Bestimmungen zeigen einmal mehr, daß der Staat den Intellektuellen jeden Freiraum beschneidet. -st-

*(16)

Studenten absolvieren in den Sommerferien Praktika

In ganz China sind die Hochschulstudenten in diesen Sommerferien gehalten, Praktika zu absolvieren, d.h. nach chinesischer Terminologie, die gesellschaftliche Praxis kennenzulernen. Den ganzen Juli über berichteten die chinesischen Zeitungen über solche Aktivitäten, wobei betont wird, daß in diesem Jahr das Ausmaß größer ist als in den vergangenen Jahren. Die Praktika sind in erster Linie als Erzie-

genständen der Liangzhu- und der Hongshan-Kultur, die in einer großen Gräberstätte in Yuhang (westlich von Hangzhou gelegen) gefunden wurden. 1986 fanden die Archäologen dort über 1.200 Jadegegenstände in elf Gräbern, darunter Jadeschmuck, Streitäxte, runde Jadescheiben mit Loch (*bi*) und viele kostbare Gegenstände, wie man sie noch nie gesehen hat, wie z.B. Bilder von Gottheiten, Menschen und Tieren aus Jadeschnitzerei, Jadeplatten mit Drachenkopfmuster und mit Jade eingelegte Lackarbeiten. 1987 wurden Opferaltäre und weitere elf Gräber der Liangzhu-Kultur entdeckt, in denen über 700 Jadegegenstände gefunden wurden. 1988 wurde die Erforschung der Liangzhu-Kultur (Liangzhu liegt nördlich von Hangzhou) in die Forschungsförderung der Sozialwissenschaftlichen Stiftung aufgenommen. Bisher, so wird in diesem Zusammenhang berichtet, sei man immer davon ausgegangen, daß sich die gesellschaftliche Entwicklung in China nach dem universalen Schema Steinzeit - Bronzezeit - Eisenzeit vollzogen habe. In Ostasien aber habe der Wechsel der Kulturen eine besondere Form.

Wie der leitende Archäologe der Gruppe, Mou Yongkang, erläuterte, ist die Jadezeit ein wichtiges Merkmal der Entstehungszeit der chinesischen Zivilisation. Die Vergöttlichung der Jade und der Gedanke, daß die Jade ein be-seeltes Wesen sei, hätten im Zentrum der Bewußtseinsformen des Jadezeitalters gestanden, und die Vorliebe des chinesischen Volkes für Jade, die sich zu einer nationalen Eigenschaft herausgebildet habe, habe hier ihren Ursprung. Aus Jade seien keine für den Gebrauch bestimmten Produktionswerkzeuge hergestellt worden, sondern sie sei allein für zeremonielle Zwecke verwendet worden. Dies kennzeichne den Beginn des Riten-systems mit der hierarchischen Ordnung als Kerngedanken; Jade symbolisiere die besondere Macht und den sozialen Status derjenigen, die sie besaßen. Gerade dies mache deutlich, daß die Jadezeit die Entstehungszeit der chinesischen Zivilisation sei. Die vergöttlichte Jade sei von Anfang an ein geheimnisvolles Symbol für die Regierungsmacht gewesen. Man glaubte an die göttliche Kraft der Jade, an ihre geistige Kraft mit der Möglichkeit, das Selbst und die Wirklichkeit zu überwinden. In der Entstehungszeit der chinesischen Zivilisation sei dies in die nationale Psyche und in das nationale Bewußtsein eingepreßt worden.

Dem Bericht zufolge sind die frühesten Jadegegenstände 7.000-8.000 Jahre alt, die Jadezeit wird jedoch ungefähr vor 5.000-3.500 Jahren angesetzt, d.h. auf 3000-1500 v.Chr. datiert. Das Verbreitungsgebiet erstreckt sich vom Yanshan (Nord-Hebei) im Norden bis nach Shenxi und zum Mittellauf des Yangzi im Westen und reicht im Osten bis zur Dawenkou-Kultur im Gebiet des Taishan und im Süden bis Guangdong, bildet also einen sichelförmigen Jadekulturkreis, und dieser Kulturkreis, so heißt es, ist genau das Gebiet, in dem später die konfuzianische Philosophie verbreitet war.

Zur Bewertung der Theorie vom Jadezeitalter läßt sich bisher wenig sagen, denn es muß abgewartet werden, ob sie allgemeine wissenschaftliche Anerkennung findet. Unabhängig davon aber läßt sich feststellen, daß die Theorie eine gewisse Brisanz in sich birgt, weil sie nicht gerade Ausdruck eines orthodox-marxistischen Verständnisses der sozialen Entwicklung ist. Nach marxistischer Lehre haben allein die Produktionsweise und die mit dieser verbundenen Produktionsmittel als Kriterium für die Entwicklung der Gesellschaft zu gelten. Die Jadezeit wird jedoch aufgrund von zeremoniellen Gegenständen bestimmt und dürfte daher nach marxistischem Verständnis nicht gleichwertig neben die Stein- und Bronzezeit gestellt werden. Eine Erklärung dafür, daß trotz der gegenwärtig verstärkten ideologischen Kontrolle eine so unorthodoxe Theorie wie die von der Jadezeit geäußert werden kann, mag darin liegen, daß diese Theorie als Illustrationsbeispiel für die Großartigkeit der alten chinesischen Kultur dienen kann und somit geeignet ist, den Patriotismus zu fördern. -st-

* (21)

Gesundheitsministerium plant Aufklärung über AIDS

AIDS ist bislang in China kein ernsthaftes Gesundheitsproblem. Dennoch ist die Zeit vorbei, da China behaupten konnte, AIDS betreffe die Chinesen nicht, und es seien nur einige Ausländer HIV-infiziert. Ein Vertreter des chinesischen Gesundheitsministeriums gab kürzlich erstmalig zu, daß die Zahl der HIV-Infizierten in China steige. Bisher habe man in China 190 Virus-träger entdeckt. Die meisten von ihnen seien Drogenabhängige. Die größte Zahl der HIV-Infizierten lebe in Yunnan. (Offensichtlich spielt dort die Nä-

he zu den drogenproduzierenden südostasiatischen Ländern eine Rolle.) Auch wenn die tatsächliche Anzahl der Infizierten höher liegen mag, als offiziell zugegeben wird, steht China noch am Anfang des Problems. Trotzdem will die Regierung jetzt intensivere Aufklärung betreiben. Wie der Vertreter des Ministeriums erläuterte, hätten viele Menschen zwar von AIDS gehört, aber sie seien nicht darüber informiert, wie der Virus übertragen werde. Insbesondere Menschen in entlegenen Gebieten mit niedrigem Bildungsniveau und geringem Zugang zu den Massenmedien seien völlig unaufgeklärt, was die Krankheit angeht. Der Vertreter kündigte an, daß das Gesundheitsministerium die Verbreitung von Broschüren und Plakaten plane, um gerade diese Bevölkerungsschichten zu erreichen. Auch die Krankenhäuser in den unterentwickelten Gebieten sollen verpflichtet werden, sich an die Hygienevorschriften zu halten. Während die Krankenhäuser in den großen Städten schon Einwegspritzen verwendeten, sei es in vielen anderen Krankenhäusern noch üblich, die Spritzen immer wieder zu benutzen. Ferner will man die Risikogruppen stärker beobachten. Mit diesen Vorsorgemaßnahmen hofft das Ministerium die Verbreitung von AIDS eindämmen zu können. (Radio Beijing, 5.7.90, nach SWB, 14.7.90) -st-

Außenwirtschaft

*(22)

Japanischer Großkredit für die Volksrepublik

Ein Sprecher des japanischen Außenministeriums erklärte am 10.7.1990 auf dem Weltwirtschaftsgipfel der sieben führenden westlichen Industriestaaten in Texas, daß Ministerpräsident Kaifu seine Kollegen aus den übrigen sechs Teilnehmerländern von der Entscheidung unterrichtet habe, daß die Regierung in Tokyo der Volksrepublik nach und nach Kredite in Höhe von umgerechnet 5,4 Mrd. US\$ zur Verfügung stellen wird.

Japans Geschäftswelt wartete seit etwa einem Jahr auf die Freigabe der eingefrorenen Regierungskredite.